

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 91 (2016)
Heft: 4

Artikel: Brexit? : Das wäre ein schwerer Schlag für die "Europäische Armee"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brexit? – Das wäre ein schwerer Schlag für die «Europäische Armee»

Mit einem Paukenschlag hat sich Boris Johnson, der populäre Bürgermeister von London, ins Lager des Brexit geschlagen: zu seinen Parteifreunden, die in der Volksabstimmung vom 23. Juni 2016 Grossbritanniens Austritt aus der EU verlangen. Johnsons Bekenntnis zum Brexit entscheidet die politische Schlacht noch nicht. Premier David Cameron hält massiv dagegen und bekämpft den Austritt. Für die europäische Sicherheitspolitik hätte ein Brexit Konsequenzen. Auch wenn sich London für die sogenannte «Europäische Armee» nie richtig erwärmen konnte, wäre der Brexit für das Projekt ein schwerer Schlag.

Dass Johnson am 21. Februar 2016 dem Brexit-Lager beitrug, verleiht den EU-Gegnern Aufwind. Johnson spielte ihnen just jenen Trumpf zu, der ihnen bisher fehlte: einen Namen, der überall im Land bekannt ist, der sich hoher Einschaltquoten erfreut, kurz: ein charismatischer Streiter für den angestrebten Austritt aus der EU.

Die Zange Johnson und Gove

Weil nun auch der Justizminister Michael Gove für den Brexit einsteht, treten die Austrittsbefürworter zum Zangenangriff an:

- Gove liefert den rechtlichen Unterbau. Er prangert an, dass in der Schule alles, von Vorschriften zum Verhalten im Unterricht bis zu Examensleitlinien, von Brüssel befohlen wird.
- Johnson liefert die politische Botschaft: Die EU, unreformierbar in ihrem heutigen Zuschnitt, verletzt die Souveränität des Landes und damit eine der Konstanten des britischen Denkens, nämlich den Wunsch, nicht von Ausländern beherrscht zu werden.

Europa nicht gleich EU

Der Bürgermeister von London bestätigt die bereits vom Brexit Überzeugten und weckt im Lager der Unentschlossenen die Neigung, ihm zu folgen:

- Wörtlich: «Wir wollen Europa nicht mit der EU verwechseln. Es ist nicht anti-europäisch, am 23. Juni für den Austritt zu stimmen.»
- Weiter: «Das Europa von Brüssel ist ein Herrschaftskoloss aus Glas- und Stahlpalästen geworden, der nichts mehr mit der Gemeinschaft zu tun hat, der die Insel vor 40 Jahren beitrug. Nicht wir veränderten uns, sondern die EU.»

- Dann: «Der Club der 28 ist wirtschaftlich im Abstieg. Er vierliert im Weltmassstab an Gewicht. Seine Wettbewerbsfähigkeit lahmt. Der Euro kommt nicht aus der Krise heraus. Die Vergemeinschaftung der Schulden trägt eine ganze Generation von Jugendlichen in die Arbeitslosigkeit.»



Boris Johnson: «Das Prinzip der offenen Grenzen ist nicht mehr haltbar.»

- Und zur Flüchtlingskrise und Angela Merkels Willkommenskultur: «Das Prinzip der offenen Grenzen ist angesichts der Völkerwanderung nicht mehr haltbar.»

Verhasster Gerichtshof

Es wäre nun verlockend, Goves und Johnsons Ansatz als ökonomische und politische Beschwerdeliste abzutun. Aber die Argumentation der führenden Brexit-Anhänger greift tiefer. Rechtlich ist es der Europäische Gerichtshof, der den Brexit-

Fürsprechern Munition liefert. Er überwölbt das nationale Recht vor allem in seiner Obersten Instanz für Menschenrechte in Luxemburg, welcher der britischen Politik Vorschriften machen kann, gegen die diese kein Rechtsmittel hat und gegen die selbst das Parlament machtlos dasteht.

Demokratie? Defizit!

Gove hält dem entgegen: «Die Entscheidung, die unser Leben regieren, die Gesetze, denen wir alle gehorchen, sollen von Menschen festgelegt werden, die wir wählen und wir notfalls abwählen können, wenn wir einen Wechsel wünschen.»

Prägnanter ist das Demokratiedefizit der EU nicht darzustellen. Die britische Demokratie lebt von der Verbindung zwischen Volksvertretern und Wählern. Entscheidungsträger auf dem Kontinent, die man nicht selber wählte, werden als fremd, ja anstössig empfunden.

«Wir unterliegen einer europäischen Kolonisierung», schreibt Johnson. So geht es am 23. Juni um nationale Instinkte, die das Brexit-Lager jetzt mit Johnson an der Spitze zu wecken vermag.

Der NATO den Vorzug geben

In der Sicherheitspolitik steht für die Europäische Armee im Juni einiges auf dem Spiel. Das Vorhaben steht und fällt mit der Stärke der nationalen Streitkräfte in Europa. Kaum ein europäischer Staat hat da im Vergleich zu den USA, aber auch zu Russland, sehr viel vorzuweisen.

Die kampferfahrenen, gut geführten Briten gehören zu den Stärkeren. Auch wenn sie nie den geringsten Zweifel aufkommen liessen, dass sie der amerikanisch geführten NATO den Vorzug geben, würde ein Brexit die EU schwächen. fo.